

CDU-Fraktion Datteln · Hohe Straße 9 · 45711 Datteln

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Werner
Rathaus
45711 Datteln

Datum

30. Juli 2011

**Verseuchung des Ruhrzink-Geländes – Anfrage der CDU-Fraktion für die nächste Ratssitzung
(gemäß §17 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Datteln)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

spätestens 1986, also vor 25 Jahren, war den Verantwortlichen in Stadt und Kreis bekannt, dass das Grundwasser unter dem Ruhrzinkgelände bis zum dritten Grundwasserleiter mit Schadstoffen verseucht ist.

Schon drei Jahre nach der Inbetriebnahme von Ruhrzink waren erhebliche Schäden an der Kanalisation festgestellt worden. Ursächlich dafür waren durch den Bergbau verursachte Geländeverschiebungen, die Einleitung von aggressiven Wässern in die Kanalisation sowie mangelnde Sorgfalt bei der Einhaltung von Belastungsgrenzen durch den Schwerlastverkehr auf dem Betriebsgelände.

Dies ergibt sich aus Besprechungsprotokollen des Ausschusses für Umwelt aus dem Jahre 1986, die der CDU vorliegen. Seinerzeit ging man davon aus, dass die belasteten Grundwasserströme „vielleicht in 50 Jahren die Emscher erreichen“, sich also in südliche Richtung ausbreiten.

Die vom Kreis in jüngster Zeit niedergebrachten Probebohrungen haben also im wesentlichen keine neuen Erkenntnisse zutage gefördert, sondern nur bestätigt, was den Verantwortlichen seit 25 Jahren bekannt war.

Für die CDU ergeben sich daraus vor allem folgende Fragen:

1. Was haben die verantwortlichen Behörden in dieser Zeitspanne unternommen, um eine weitere Verseuchung von Böden und Grundwasser zu unterbinden und die vorhandenen Belastungen zu verringern?
2. Ist der Bergbau als Mitverursacher der Schäden an der Kanalisation mit ihren fatalen Folgen von Ruhrzink und Stadt in Haftung genommen worden?

3. Welche Auflagen sind Ruhrzink gemacht worden und wie ist deren Einhaltung kontrolliert und durchgesetzt worden?
4. Warum sind die besorgniserregenden Fakten erst nach der Betriebsschließung zum 31. Dezember 2008 auf Forderung der CDU öffentlich geworden? Haben die Behörden eine **Gefährdung der Bevölkerung** in Kauf genommen, um ein „brisantes Thema“ aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten?

Mit freundlichem Gruß



Dr. Jürgen Wutschka
Vorsitzender